

Große Anfrage

der Abgeordneten Kittelmann, Wissmann, Klein (München), Dr. Pinger, Höffkes, Dr. Unland, Dr. Marx, Dr. Abelein, Dr. Schwörer, Lattmann, Dr. von Wartenberg, Graf Huyn, Lenzer, Müller (Wadern), Dr. Hüscher, Echternach, Clemens, Dr.-Ing. Kansy, Kraus, Dr. Köhler (Duisburg), Borchert, Pfeffermann, Landré, Frau Fischer, Biehle, Dr. Jobst, Dr. Bugl, Dr. Müller, Dr. Götz, Schulze (Berlin), Weiß, Jagoda, Susset, Magin, Regenspurger, Lowack, Milz, Schreiber, Dr. Olderog, Feilcke und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Haussmann, Beckmann, Grünbeck, Dr.-Ing. Laermann, Frau Seiler-Albring, Dr. Solms, Schäfer (Mainz), Ertl, Frau Dr. Hamm-Brücher, Dr. Rumpf und der Fraktion der FDP

Protektionismus

Im Laufe der letzten eineinhalb Jahre haben die GATT-Minister-tagung im November 1982, der OECD-Ministerrat und der Wirtschaftsgipfel Williamsburg im Mai 1983 und nicht zuletzt UNCTAD VI im Juni 1983 das politische Ziel unterstrichen, dem Protektionismus Einhalt zu gebieten und Hemmnisse für den Welthandel abzubauen. Die meisten Industrie- und Entwicklungsländer bekennen sich zwar zum freien Handel und lehnen den Protektionismus ab. Dennoch haben handelsbeschränkende Maßnahmen – offen und verdeckt – zugenommen. Es haben sich neue Formen des Protektionismus entwickelt, mit denen die bestehenden Regeln des offenen multilateralen Welthandelssystems umgangen werden. Im Widerspruch zu ihren internationalen Erklärungen versuchen offensichtlich viele Regierungen, durch Abschottung ihrer nationalen Märkte gegenüber dem internationalen Wettbewerb kurzfristig Erleichterungen für binnenwirtschaftliche Probleme zu erreichen. Derartige Maßnahmen sind häufig innenpolitisch populär. Verkannt wird jedoch, daß es sich regelmäßig um kurzfristige Scheinlösungen handelt, die den betroffenen Volkswirtschaften letztlich mehr schaden als nutzen.

Auch die Länder der Dritten Welt leiden unter dem Protektionismus. Ihre vielfach besorgniserregende Verschuldungslage hat die Sicherung und Erhöhung ihrer Exporteinnahmen zu einer dringenden Notwendigkeit gemacht.

Es ist daher an der Zeit, den wortreichen Bekenntnissen zum freien Handel wirksame Taten folgen zu lassen.

In diesem Zusammenhang ist es zu begrüßen, daß der Europäische Rat auf seiner Tagung am 19. Dezember 1983 bereits eine Initiative zur handelspolitischen Liberalisierung verabschiedet hat. Dem müssen aber jetzt weitere Schritte folgen. Defensivstrategie, wie sie der Protektionismus darstellt, müssen durch Liberalisierungsmaßnahmen ersetzt werden. Nur dies kann einen ungestörten Wettbewerb über nationale Grenzen hinweg als wesentliche Voraussetzung für einen dauerhaften weltweiten Wirtschaftsaufschwung sicherstellen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Folgen protektionistischer Verhaltensweisen im internationalen Handel auf das Wachstum der Weltwirtschaft bzw. auf die Lage und den Entwicklungsprozeß der Entwicklungsländer? Wie beurteilt sie die Auswirkungen von Handelsbeschränkungen auf die internationalen Beziehungen?
2. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor über die Auswirkung handelsbeschränkender Maßnahmen auf die Beschäftigung sowohl in Ländern, die solche Maßnahmen ergreifen, als auch in Ländern, die durch sie betroffen werden?
3. Wieviel Prozent des Welthandels unterliegen nach Kenntnis der Bundesregierung protektionistischen Beschränkungen, und wo liegen die Schwerpunkte derartiger Beschränkungen im tarifären und nichttarifären Bereich? Wie stark hat die beim GATT geführte Liste nichttarifäre Handelshemmnisse in den letzten Jahren zugenommen?
4. In welchem Umfang und wo wird dem kurzfristigen Schutz der eigenen Wirtschaftsstrukturen Vorrang vor der internationalen Arbeitsteilung eingeräumt?
5. Wie beurteilt die Bundesregierung das sogenannte industrial targeting als neue Form des Protektionismus?
6. Welche Schwierigkeiten erwartet die Bundesregierung bei der Bekämpfung von Handelsbeschränkungen? Wie sieht sie den Zusammenhang mit notwendigen strukturellen Anpassungen, und in welchen Branchen sieht sie besondere Probleme?
7. Wie sieht die Bundesregierung die Funktionen der internationalen Wirtschaftsorganisationen (GATT, UNCTAD, OECD, IMF, Weltbank) für den freien Welthandel, und hält sie Reformen für notwendig?
8. Unterstützt die Bundesregierung die Initiativen für eine neue GATT-Runde? Auf welche Ziele und Themen sollte sich die nächste GATT-Runde konzentrieren? Ist der Vorwurf verschiedener Handelspartner berechtigt, daß im Bereich des Handels mit Dienstleistungen eine Liberalisierung dringend geboten ist?

9. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, politische Absichtserklärungen, die auf „Weltwirtschaftsgipfeln“ getroffen werden, in Zukunft erfolgreicher durchzusetzen?
10. Wie beurteilt die Bundesregierung den Zustand und die Entwicklung der EG-Handelspolitik? Hält sie das Instrumentarium für ausreichend?
11. Erwartet die Bundesregierung Auswirkungen der EG-Erweiterung nach Süden auf die Aufrechterhaltung und Durchsetzbarkeit der Liberalisierungsgrundsätze des Artikels 110 EWGV?
12. Welche Probleme sieht die Bundesregierung in den Handelsbeziehungen EG–USA?
13. Können exzessive Wechselkursschwankungen – z. B. zwischen EWS, Dollar, Yen – Tendenzen auslösen oder fördern?
14. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen mißbräuchlicher Anwendungen von Schutzinstrumenten (z. B. Abwehr von Dumping, Zölle, Subventionen)?
15. Wie beurteilt die Bundesregierung den Kompensationshandel mit den Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, den Entwicklungsländern und auch zwischen Industriestaaten?
16. Wie beurteilt die Bundesregierung die Klagen verschiedener Wirtschaftsverbände über zunehmende Dumping-Praktiken von RGW-Ländern?
17. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirksamkeit sicherheitspolitisch motivierter Handelsbeschränkungen?
18. Wie stellt sich die Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland in den Welthandel dar, und wie beurteilt die Bundesregierung die voraussichtliche Entwicklung?
19. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft in preislicher, qualitativer und technologischer Hinsicht?

Was unternimmt sie, um ihr Außenhandelsinformationsangebot zu verbessern und dafür die Möglichkeiten moderner Technik zu nutzen?
20. Beeinflußt die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und könnten in dem Zusammenhang Forderungen nach handelsbeschränkenden Maßnahmen erhoben werden?
21. Wie beurteilt die Bundesregierung Behauptungen anderer Industrie- und Entwicklungsländer, auch in der Bundesrepublik Deutschland gebe es protektionistische Maßnahmen?
22. Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderungen nach wesentlichen Änderungen im weltwirtschaftlichen System – bekannt unter dem Namen „Neue Weltwirtschaftsordnung“ – in bezug auf den freien Welthandel?

23. Was kann getan werden, um eine stärkere Integration der Entwicklungsländer in das internationale Welthandelssystem zu erreichen?
24. Wie beurteilt die Bundesregierung die Rolle des internationalen Handels bei der Lösung der Verschuldungsprobleme in der Dritten Welt?
25. Was kann getan werden, um den Handel zwischen den Entwicklungsländern zu fördern?

Bonn, den 13. April 1984

Kittelmann

Wissmann

Klein (München)

Dr. Pinger

Höffkes

Dr. Unland

Dr. Marx

Dr. Abelein

Dr. Schwörer

Lattmann

Dr. von Wartenberg

Graf Huyn

Lenzer

Müller (Wadern)

Dr. Hüsch

Echternach

Clemens

Dr.-Ing. Kansy

Kraus

Dr. Köhler (Duisburg)

Borchert

Pfeffermann

Landré

Frau Fischer

Biehle

Dr. Jobst

Dr. Bugl

Dr. Müller

Dr. Götz

Schulze (Berlin)

Weiß

Jagoda

Susset

Magin

Regenspurger

Lowack

Milz

Schreiber

Dr. Olderog

Feilcke

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Dr. Haussmann

Beckmann

Grünbeck

Dr.-Ing. Laermann

Frau Seiler-Albring

Dr. Solms

Schäfer (Mainz)

Ertl

Frau Dr. Hamm-Brücher

Dr. Rumpf

Mischnick und Fraktion